

Freiheitsindex 2014**Todesstrafe hat mehr Fans als Vorratsdatenspeicherung**Von *Judith Horchert*

Eine repräsentative Umfrage zeigt die paradoxe Wirkung der Digitalisierung auf die Deutschen: Die Angst vor Datensammlern wächst - aber auch die Bereitschaft, sich überwachen zu lassen.

Berlin - Nur elf Prozent der Deutschen fänden es in Ordnung, wenn der Staat die Telefon- und Internetdaten der Bürger über mehrere Monate speichern würde, um seine Bürger möglichst gut zu schützen. Zum Vergleich: Mit verpflichtenden Gentests bei allen Bürgern, um Verbrecher schneller zu identifizieren, wären 15 Prozent einverstanden. Dass die Staatsmacht auf der Straße die Personalien von Bürgern kontrolliert, die "verdächtig aussehen", würden 20 Prozent hinnehmen. Und knapp ein Viertel der Bevölkerung findet, der Staat dürfe die Todesstrafe für Schwerverbrecher einführen, um seine Bürger besser zu schützen. Doch die Vorratsdatenspeicherung ist als Mittel offenbar verpönt.

Das geht aus dem Freiheitsindex 2014 hervor, den das John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung jetzt vorgelegt hat. "Wie halten es die Deutschen mit der Freiheit?" ist die Grundfrage, die der Bericht seit vier Jahren zu beantworten versucht. Das Papier basiert unter anderem auf einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage durch das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD).

In diesem Jahr ging es vor allem darum, wie sich das Freiheitsverständnis der Bürger im Zuge der digitalen Revolution verändert - also welche Haltung die Deutschen zur Balance zwischen Freiheit und Sicherheit im Internet haben.

Dass im Netz Gefahren für die Freiheit drohen, ist den meisten demnach bewusst: Als größte Gefahr wird die Überwachung durch ausländische Geheimdienste genannt (67 Prozent), gefolgt von Unternehmen, die im Netz Daten sammeln, speichern und entweder an andere Unternehmen oder an den Staat weitergeben (61 Prozent) und vom weltweiten Terrorismus (60 Prozent).

Überwachung ist nur problematisch, bis das Wort "Kinderpornografie" fällt

Die Enthüllungen **Edward Snowdens** über die Machenschaften der NSA und die mittlerweile mehr **als ein Jahr andauernde Überwachungsaffäre** haben also Spuren hinterlassen. Trotz des Wissens um umfassende **Geheimdienstüberwachung** traut die Mehrheit der Bevölkerung jedoch dem Staat laut der Umfrage immer noch mehr als privaten Firmen. Einzige Ausnahme ist die jüngste befragte Generation: Die Unter-30-Jährigen misstrauen Unternehmen den Ergebnissen zufolge etwas weniger als dem Staat. In dieser Generation ist Edward Snowdens Botschaft offenbar am lautesten gehört worden, **in den USA ist das ähnlich**.

Das Allensbacher Institut hat die Bürger außerdem gefragt, was der Staat denn - online oder offline - tun dürfe, um die Bürger besser zu schützen. Behält man die geringe Begeisterung für die Vorratsdatenspeicherung im Kopf, überraschen die Antworten: 68 Prozent wären damit einverstanden, wenn der Staat Internetseiten mit radikalen Inhalten sperren würde; 45 Prozent fänden es vertretbar, wenn der Staat die Internetaktivitäten seiner Bürger überwachen würde, um die Verbreitung von Kinderpornografie zu verhindern. Und das, obwohl die Überwachung des eigenen Surfverhaltens durch den Staat nur wenige Fragen vorher als eine der größten Bedrohungen für die Freiheit in Deutschland genannt wurde (45 Prozent).

Eine diffuse Beunruhigung und Orientierungslosigkeit

Und so verhält es sich auch mit weiteren Antworten: Zwar fürchten die meisten Datensammelei durch Firmen im Internet, auf der anderen Seite haben nur 17 Prozent eigenen Angaben zufolge schon einmal ihre Daten bei Unternehmen löschen lassen. Nur sechs Prozent haben demnach überhaupt einmal bei Firmen nachgefragt, welche Daten über sie dort gespeichert sind. Lediglich

29 Prozent lesen die AGB der von ihnen im Internet abgeschlossenen Verträge durch, dafür steigt immer noch der Anteil derer, die Bonus- und Rabattkarten nutzen.

Ambivalent bleiben auch die Antworten mit Bezug zur Spähaffäre: Die Mehrheit der Befragten sieht sich etwa von Geheimdienstüberwachung bedroht, aber nur 23 Prozent verschlüsseln ihren Angaben zufolge ihre Daten und E-Mails, nur 39 Prozent ändern regelmäßig ihre Passwörter.

"Insgesamt ergab die repräsentative Umfrage eine diffuse Beunruhigung und Orientierungslosigkeit der Bevölkerung gegenüber dem digitalen Netz", heißt es auch in der Zusammenfassung des John Stuart Mill Instituts. Es werde zwar auf der einen Seite strenger Datenschutz gefordert, auf der anderen Seite gingen die Bürger "äußerst leichtfertig mit denen eigenen Daten um".

Zur sorglos mit den eigenen Daten sind vor allem "die Anderen"

Dieses Problem wiederum sehen die befragten Internetnutzer vor allem bei den anderen. Auf die Frage, ob manche Angebote im Netz, die man gern und oft nutzt, dazu führen, dass man zu sorglos mit persönlichen Daten umgehe und zu viel von sich preisgebe, antworteten die meisten: Bei Ihnen selbst sei das nicht der Fall (54 Prozent). Aber bei "vielen Nutzern" konnten das 79 Prozent der Befragten durchaus beobachten.

1550 Einzelinterviews hat das Allensbacher Institut geführt, die Fragen zur Netznutzung gingen allerdings lediglich an die 78 Prozent der Befragten, die das Internet überhaupt nutzten.

Es sei bemerkenswert, heißt es in dem Bericht, dass die Sorge um die persönliche Freiheit umso größer werde, je häufiger und intensiver jemand das Internet nutzt und sich mit dem Thema befasst. Das sei bei früheren Diskussionen um den Datenschutz anders genau umgekehrt gewesen: "Hier wurden die Sorgen umso geringer, je mehr sich jemand mit dem Gegenstand beschäftigt hatte."

URL:

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/freiheitsindex-2014-nur-11-prozent-unterstuetzen-vorratsdatenspeicherung-a-995657.html>

Mehr auf SPIEGEL ONLINE:

Ein Jahr Snowden-Enthüllungen: Machtloser Held, schamlose Mächtige (03.06.2014)

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/edward-snowden-ein-jahr-nsa-enthuellungen-a-972415.html>

© SPIEGEL ONLINE 2014

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH